

Auf dem Wege zur Einheitspartei

Gemeinsame Konferenz des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Deutschlands und des Zentralaussschusses der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands mit den Vertretern der Bezirke

Am 20. und 21. Dezember 1945 fand im Parteihause des Zentralaussschusses der SPD in Berlin eine gemeinsame Konferenz des Zentralaussschusses der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands und des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Deutschlands mit den Vertretern der beiden Parteien aus den Bezirken der sowjetischen Besatzungszone statt. Mit den beiden Parteiletzungen nahmen je 30 Vertreter der KPD und der SPD aus den Bezirken an der Konferenz teil.

Es wurden folgende Tagesordnungspunkte behandelt: 1. Die Einheit der Arbeiterklasse. 2. Die Gemeindevahlen in der amerikanischen Besatzungszone. 3. Wie helfen die Arbeiterparteien beim Aufbau der Freien Gewerkschaften?

Zu jedem der drei Tagesordnungspunkte referierte je ein Genosse der beiden Parteien. Eine ausführliche, im kameradschaftlichen Geist geführte Diskussion schloß sich an.

Die Konferenz erlangte eine wahrhaft historische Bedeutung, da nicht nur eine Vertiefung der Aktionseinheit, eine gemeinsame Ausrichtung bei den Gemeindevahlen und volle Übereinstimmung in den Gewerkschaftsfragen erzielt wurden, sondern darüber hinaus Beschlüsse gefaßt wurden, die eine neue Phase der Einheit der deutschen Arbeiterbewegung einleiten. Die Konferenz war von dem gemeinsamen Willen erfüllt, die Aktionseinheit der beiden Arbeiterparteien zu ihrer organisatorischen Verschmelzung weiterzuentwickeln.

Die nachfolgend im Wortlaut veröffentlichte Entschlieung wurde felerlich von den Konferenzteilnehmern unterzeichnet. Sie wird vom gesamten schaffenden deutschen Volk auf das freudigste begrüßt werden. Die Verwirklichung der Grundsätze dieses historischen Dokuments macht die Bahn frei zum demokratischen Neuaufbau Deutschlands, zur Sicherung des Friedens und der Einheit der Nation, zur Meisterung des deutschen Schicksals durch die geeinte Arbeiterschaft.

Die im Kapitel IV der Entschlieung genannte Studienkommission besteht aus den Genossen Grotewohl, Fechner, Dahrendorf und Lehmann von der SPD und den Genossen Pieck, Ulbricht, Dahlem und Ackermann von der KPD.

Entschlieung

In Berücksichtigung der gegenwärtigen Lage des deutschen Volkes und der deutschen Arbeiterklasse, getragen von dem festen Willen, den Neuaufbau Deutschlands im Geiste der Demokratie und des Friedens konsequent durchzuführen, eine möglichst baldige Verbesserung der Lebenslage der breiten Massen zu erreichen und zusehender Angriffe der Reaktion entschieden zurückzuschlagen, wird von der gemeinsamen Konferenz des Zentralaussschusses der SPD und des Zentralkomitees der KPD mit den Vertretern der Bezirke am 20. und 21. Dezember 1945 in Berlin folgende gemeinsame Entschlieung gefaßt:

I.
Es wird lebhaft begrüßt, daß die Wieder-
geburts der politischen Freiheit in Deutschland
nach dem Zusammenbruch des Hitlerregimes
nicht unter dem verhängnisvollen Zeichen einer
neuen Spaltung des schaffenden Volkes stand,
sondern im hoffnungsfreudigen Zeichen der Zu-
sammenarbeit zwischen den beiden Arbeiter-
parteien und der Einheitsfront der vier anti-
faschistisch-demokratischen Parteien. Die wäh-
rend des ersten Weltkrieges offen zutage ge-
tretene Spaltung ist in den seither vergangenen
drei Jahrzehnten zu größten Verhängnis für
die Arbeiterbewegung geworden. Die Spaltung
im antifaschistischen Lager hat den Macht-
antritt des Faschismus ermöglicht. Getrennt
wurden die verschiedenen Flügel der Arbeiter-
bewegung geschlagen, und gespalten ging sie
in die Illegalität. Alle Opfer des Hitlerterrors
und alle Leiden und Schrecken des Hitlerkriegs
wären umsonst gewesen, wenn nicht die Lehren
aus der Vergangenheit gezogen und die
Aktionseinheit aller antifaschistisch-demokra-
tischen Kräfte hergestellt worden wäre. Eine
Fortdauer der Spaltung hätte unvermeidlich zur
Folge gehabt, daß sich die positiven Kräfte des
schaffenden Volkes in gegenseitigem Haider
erschöpften, statt auf die rasche Überwindung
der Not, des Hungers und des Chaos gerichtet
zu sein. Dann würde es keine Sicherung des
Friedens, keine demokratische Erneuerung
Deutschlands, keine Festigung der Volksrechte
und Freiheiten geben. Die reaktionären Mächte
würden von neuem triumphieren. Grau wäre

Die Bildung des Arbeitsausschusses der SPD
und KPD und des Einheitsfrontausschusses der
vier antifaschistisch-demokratischen Parteien
sowie die im Rahmen der Aktionseinheit gefaßten
Beschlüsse und durchgeführten Maßnahmen
wurden ausdrücklich begrüßt.

II.
Die seither gemachten Erfahrungen haben
die Richtigkeit der Politik der antifaschistisch-
demokratischen Aktionseinheit voll bestätigt
und die Lebensfähigkeit und Stärke der Ein-
heitsbewegungen bewiesen.

Vor allem haben diese Erfahrungen gezeigt,
daß auftauchende Meinungsverschiedenheiten
im Rahmen der Einheitsfront beider Arbeiter-
parteien immer einer Lösung zugeführt werden
konnten, während ohne eine solche Zusammen-
arbeit und Verständigung die Gegensätze un-
vermeidlich gewachsen und immer mehr ver-
tieft worden wären.

Nur dank der Aktionseinheit hat unser ge-
meinsamer Kampf trotz größter objektiver
Hemmnisse und materieller Schwierigkeiten

bereits in kurzer Zeit eine Reihe höchst
bedeutender Erfolge erzielt.

Dank der Aktionseinheit ist es gelungen,
den Aufbau neuer demokratischer Selbst-
verwaltungen durchzuführen, diese zu festigen,
ihre Arbeit allseitig zu entlasten und
damit überhaupt die Grundlagen für die
Existenz der Bevölkerung zu schaffen.

Dank der Aktionseinheit sind die neuen
Verwaltungen und ihre Organe im Grund-
legenden von den nazistischen Elementen ge-
reinigt. Von oben bis unten sind neue Men-
schen herangezogen worden. Die deutschen
Selbstverwaltungsorgane in der sowjetischen
Besatzungszone sind auf neuer Grundlage auf-
gebaut und mit einem neuen demokratischen
Geist erfüllt worden. Damit aber ist ein
Ergebnis von wahrhaft historischer Bedeutung
erreicht; denn eine solche demokratische Er-
neuerung des gesamten Verwaltungsapparates
stand in Deutschland seit Jahrzehnten, ja seit
einem Jahrhundert ungehört auf der Tages-
ordnung.

Einen nicht geringeren Erfolg stellt die volle
und rasche Durchführung der demokratischen
Bodenreform dar, die ebenfalls nur dank der
Aktionseinheit möglich war. Mit der demokra-
tischen Bodenreform und der Aufteilung des
Bodens der Junker ist dem reaktionären Mil-
tarismus die Basis entzogen und eine der
Hauptbasen der Reaktion niedergelagt. Eine
Hauptwurzel des Faschismus und imperialisti-
scher Eroberungspolitik ausgerottet worden. Ein
jahrhundertalter Traum der deutschen Bauern
ging endlich in Erfüllung, und in den ehemals
rückständigsten und reaktionärsten Gebieten
wurde ein neues, demokratisches Dorf geboren.

Nur dank der antifaschistischen Aktions-
einheit und besonders der engen Zusammen-
arbeit zwischen SPD und KPD konnten auch
die ersten Quadersteine zum demokratischen
Neuaufbau des deutschen Erziehungswesens
gelegt werden. Die volle Durchführung der
demokratischen Schullehre wird das reaktio-
näre Erbe im Erziehungswesen austilgen, die
hinterlassene Entartung beseitigen, den
Bildungsverfall der letzten zwölf Jahre über-
winden und die reaktionären Bildungsprivilegien
liquidieren. Sie wird somit in der Tat die
Brücke in eine neue und bessere Zukunft
unseres Volkes sein.

Nicht minder sind die bereits erzielten
Erfolge im Kampf gegen Not, Hunger, Kälte,
Arbeitslosigkeit und Inflation nur auf das
Wirken der antifaschistisch-demokratischen
Aktionseinheit zurückzuführen.

Die erfolgreiche Einteilbringung und da-
mit die Sicherung des Minimums der Volks-
ernährung, die Abwendung der Gefahr einer
furchtbaren Hungersnot war nur durch das
Bündnis zwischen den Werktätigen der Stadt
und des Dorfes, nur durch eine richtige ge-
meinsame Agrarpolitik und durch die breite
Ernteilfe für die Bauern möglich.

Wo der Verkehr wieder lauft, die Schorn-
steine wieder rauchen, die Wohnungen wieder
bewohnbar werden, wieder Gas und Strom ge-
liefert wird und aus den Trümmern ein neues

Byrnes von Stalin empfangen

Moskau, 26. Dezember (TASS).
Am 23. Dezember empfing der Vorsitzende
des Sowjets der Volkskommissare der UdSSR,
J. W. Stalin den Staatssekretär der Vereinigten
Staaten von Amerika D. Byrnes.
Bei der Unterredung waren der Volks-
kommissar für auswärtige Angelegenheiten der
UdSSR, W. M. Molotow, und der Botschafter
der USA, W. A. Harriman, anwesend.

Abkommen der Moskauer Konferenz

Moskau, 25. Dezember (TASS).

Folgendes Abkommen ist auf der Kon-
ferenz der Minister für auswärtige Angelegen-
heiten der Sowjetunion, der Vereinigten Staaten
und Großbritannien erreicht worden:

„Die Regierungen der Union der Sozialisti-
schen Sowjetrepubliken, Großbritannien und
der Vereinigten Staaten geben bekannt, daß
sie über folgendes Verfahren bezüglich der
Vorbereitung von Friedensverträgen übereinge-
kommen sind und die Regierungen von Frank-
reich und China zum Anschluß aufgefordert
haben.

1. Bei der Ausarbeitung von Friedensverträgen
mit Italien, Rumänien, Bulgarien, Ungarn und
Finnland durch den Rat der Außenminister
werden nur Mitglieder des Rates, die Unter-
zeichner der Kapitulation sind, oder nach
den Bestimmungen des Abkommens, nach
welchem der Rat der Außenminister aufge-
stellt und das auf der Berliner Konferenz an-
genommen wurde, als solches betrachtet wer-
den, teilnehmen, falls und bis der Rat nicht
eine weitere Aktion nach dem Abkommen
unternimmt, um andere Mitglieder des Ra-
tes zur Teilnahme an den sie direkt betref-
fenden Fragen einzuladen. Das bedeutet:
a) Die Bedingungen des Friedensvertrages
mit Italien werden durch die Außenmini-
ster Großbritannien, der Vereinigten
Staaten und der Sowjetunion und Frankreich
entworfen werden;
b) Die Bedingungen der Friedensverträge mit
Rumänien, Bulgarien und Ungarn — durch
die Außenminister der Sowjetunion, der
Vereinigten Staaten und Großbritannien;
c) Die Bedingungen des Friedensvertrages
mit Finnland — durch die Außenminister
der Sowjetunion und Großbritannien.

Die Stellvertreter der Außenminister werden
ihre Arbeit in London sofort auf der Grund-
lage des über die auf der ersten Sitzung des
Rates der Außenminister in London diskuti-
erten Fragen erreichten Übereinkommen
wieder aufnehmen.

2. Wenn die Vorbereitung all dieser Entwürfe
beendet ist, wird der Rat eine Konferenz zum
Zwecke der Begutachtung der Friedensver-
träge mit Italien, Rumänien, Bulgarien, Un-
garn und Finnland einberufen. Die Kopie-

renz wird aus fünf Mitgliedern des Rates der
Außenminister bestehen, zusammen mit allen
Mitgliedern der Vereinten Nationen, die mit
wesentlicher Militärmacht den Krieg gegen
die europäischen Feindstaaten führten, näm-
lich die Vereinigten Staaten von Amerika,
die Union der Sozialistischen Sowjetrepubli-
ken, Großbritannien, China, Frankreich,
Australien, Belgien, die Bjeorussische Sozia-
listische Sowjetrepublik, Brasilien, Griechen-
land, die Niederlande, Indien, Kanada, Neu-
seeland, Norwegen, Polen, die Ukrainische
Sozialistische Sowjetrepublik, die Tschecho-
slowakei, Aethiopien, Jugoslawien, die süd-
afrikanische Union. Die Konferenz wird
nicht später als am 1. Mai 1946 abgehalten
werden.

3. Nach Abschluß der Ueberlegungen der Kon-
ferenz und auf Begutachtung ihrer Empfeh-
lungen hin werden die Signatarstaaten der
Waffenstillstandsbedingungen für Italien, Ru-
mänien, Bulgarien, Ungarn und Finnland den
endgültigen Wortlaut der betreffenden Fried-
ensverträge ausarbeiten, wobei Frankreich für
Zwecke des Friedensvertrages mit Italien
als Signatarmacht betrachtet werden wird.

4. Der endgültige Wortlaut der so ausgearbei-
teten betriebs Friedensverträge wird von den
Vertretern der auf der Konferenz ver-
tretenen Staaten, die mit dem fraglichen
Feindstaat im Krieg sind, unterzeichnet wer-
den. Der Wortlaut der betreffenden Fried-
ensverträge wird dann den anderen Mit-
gliedern der Sowjetunion, die sich mit dem
fraglichen Feindstaat im Krieg befinden, unterbreitet
werden.

5. Die Friedensverträge werden unmittelbar,
nachdem sie durch die betreffenden alliierten
Staaten, die Unterzeichner des betreffen-
den Waffenstillstandes sind, ratifiziert worden
sind, in Kraft treten, wobei Frankreich als
Unterzeichner im Fall des Friedensvertrages
mit Italien betrachtet wird. Die Friedens-
verträge unterliegen auch der Ratifizierung
durch den fraglichen Feindstaat.“

Die Unterredungen gehen in freundschaft-
lichem Geiste über andere Angelegenheiten wei-
ter und man hofft, daß ein Kommunikative über
die Arbeit der Konferenz der drei Außenmini-
ster als Ganzes innerhalb von einem oder zwei
Tagen herausgegeben werden kann.

Wieder Konsum- Genossenschaften

Der Marschall der Sowjet-Union, S h u k o w,
hat unter dem Befehl Nr. 176 vom 10. De-
zember 1945 die Wiederherstellung der
Konsum-Genossenschaften in der
sowjetischen Besatzungszone genehmigt.
Ebenso ist das Statut für die Konsum-Genoss-
schaften bewilligt worden.

Aus dem Befehl, den wir in der nächsten
Ausgabe unserer Zeitung vollinhaltlich wieder-
geben werden, geht hervor, daß die Konsum-
Genossenschaften sich in Verbänden für
jede Provinz sowie für die Städte Berlin
(sowjetische Zone), Dresden und Leipzig
vereinen können. Die Verbände sind Kon-
troll- und Revisionsorgane. Sie können Groß-
lager, Herstellungs- und Transportunternehmen
errichten.

Das den Konsum-Genossenschaften von den
Nazis geraubte Gut wird wieder zurück-
geführt. Die Statuten der Konsum-Genoss-
schaften müssen registriert werden. In den
Monaten Februar und März 1946 sind die
Verwaltungsorgane der Konsum-
Genossenschaften unter Ausschluß ehemaliger
Mitglieder der NSDAP durchzuführen.

BEFEHL

des Chefs der Verwaltung der Sowjetischen Militärischen Administration der Provinz Sachsen

18. Dezember

Nr. 88

Genl. Halls (Sachl.)

Inhalt: Ueber die gebliebene Verletzung des Befehls des Obersten Chefs der Sowjetischen Militärischen Administration in Deutschland Nr. 88 vom 8. September 1945 in der Zuckerfabrik der Firma „Rabbeithe & Glescke“.

Im Befehl des Obersten Chefs der SMA in Deutschland Nr. 88 vom 8. September 1945 heißt es unter Punkt 4:

„... alle Inhaber und Verwalter der Beschaffungs- und Handelsfirmen und der Industrie-Unternehmungen sind zu warnen, daß die Abgabe von normierten Lebensmitteln und Industrieerzeugnissen ohne ordnungsgemäß ausgestellte Besuchscheine verboten ist, und Personen, die sich der Abgabe von Waren ohne Besuchschein schuldig machen, zur strengen Verantwortung gezogen werden bei Entziehung des Handels- und Industrieerzeugnisses.“

Trotzdem stellte die Prüfung, die von der Abteilung Handel und Versorgung der SMA der Provinz Sachsen in der Fabrik der Firma „Rabbeithe & Glescke“, Kreis Wanzleben, Bezirk Magdeburg (Direktor Herr Wilhelm Friedrich Vogt, techn. Direktor der Fabrik Herr Friedbert Bruckner), durchgeführt wurde, verbercherische Verletzungen des Befehls von Marschall Shukow, Nr. 55, fest.

Die Direktion dieser Fabrik hat in der Zeit vom 15. September d. J. bis zum 14. Dezember d. J. an 187 Firmen, Einzelpersonen und Behörden über 1400 Zucker ohne Besuchscheine verkauft und im Warenamt zurück geliefert.

Von der oben genannten Menge sind:

- a) der Firma „Bezugsverein für Kolonialwaren“, Chemnitz-Land Sachsen, im Austausch gegen Nahrungsmittel und Textilwaren 264 t Zucker abgegeben worden;
- b) der Großhandelsfirma „Hilkebrandt“, Kreis Wernigerode, im Austausch gegen Schuhe 10 Zentner Zucker abgegeben worden;
- c) der Zuckerfabrik der Firma „Lippa“ in der Provinz Mecklenburg zur Verfügung des Direktors der Fabrik 19 Zentner Zucker abgegeben worden;
- d) der Textilfabrik der Firma „Ebersdorf“, Chemnitz, 30 Zentner Zucker verkauft worden;
- e) der Firma „Dornheim“, Magdeburg, 10 Zentner Zucker verkauft worden;
- f) der Textilfabrik der Firma „Berthold“, Land Sachsen, 152 Zentner Zucker verkauft worden;
- g) der Großhandelsfirma „Gordalla“, Klein-Wanzleben, die mit Kohlen handelt, 50 Zentner Zucker abgegeben worden;
- h) der Firma „Walter“, Chemnitz-Land Sachsen, 200 Zentner Zucker verkauft worden und vielen anderen.

Außerdem sind von der Firma „Rabbeithe & Glescke“, 285 t Zucker veruntreut worden. Der Landrat des Kreises Wanzleben, Herr Bitterlich, dem die Veruntreuung von Zucker in der Fabrik bekannt war, hat nicht nur keine Maßnahmen zur Unterbindung dieses Verberchens ergriffen, sondern auch selbst ungesetzliche Anordnungen über die Abgabe von Zucker an verschiedene Behörden ausgeben.

Eine solche verbercherische Veruntreuung von Lebensmittelerzeugnissen, die offenbar ungesetzliche Abgabe von Lebensmitteln ohne Besuchschein, ist auf eine absichtliche Erschöpfung der Lebensmittelreserven der Provinz Sachsen ausgerichtet und folglich auch auf die Herbeiführung einer realen Gefahr der Hinterziehung der Lebensmittelversorgung der Bevölkerung entsprechend den festgesetzten Zuteilungen.

Zwecks entschlossener Unterbindung dieses ungesetzlichen Verbrauchs von Lebensmitteln

BEFEHLE ICH

1. Den Direktor der Zuckerfabrik der Firma „Rabbeithe & Glescke“ Herrn Wilhelm Friedrich Vogt und den techn. Direktor der Fabrik Herrn Friedbert Bruckner sofort zu entlassen.

2. Die Unterlagen über die verbercherische Tätigkeit der Herren Vogt und Bruckner dem Militärischen Anwalt der Provinz Sachsen zu übergeben zwecks ihrer Heranziehung zur strengsten gerichtlichen Verantwortung;

3. dem Präsidenten der Provinz, Herrn Dr. Hübener, sofort Maßnahmen zu ergreifen, um solche Erscheinungen zu beseitigen.

Chef der Verwaltung der Sowjetischen Militärischen Administration der Provinz Sachsen
Genl. Generalmajor Kotlikow

als wirklich neue demokratische Ordnung erkannt werden, wenn die einzige Arbeiterschaft ihr Hauptrecht ist und sich gegenüber den bürgerlichen Kräften den gebührenden Einfluß sichert.

Der weitere Aufbau der Wirtschaft wird nur dann rasch vorantreiben gehen, wenn die geeinte Arbeiterschaft alle reaktionären Sabotageversuche bricht und diese Sache in ihre eigenen Hände nimmt.

Der Frieden wird nur dann gesichert sein, wenn die konsistenteste Friedenskraft, nämlich die Arbeiterklasse im Bunde mit allen Schaffenden, das Schicksal der Nation meistert.

Keine dieser Aufgaben aber kann die Arbeiterklasse erfüllen, wenn sie nicht die Einheit ihrer eigenen Reihen immer fester und tiefer gestaltet!

IV.

Die gemeinsame Konferenz ist auf Grund einer eingehenden Analyse der Lage und der Aufgaben zu dem Schluß gelangt, daß überall neue Schritte zur Entfaltung der antifaschistischen Aktionseinheit unternommen werden müssen.

Durch sachliche Aussprache — so wie sie hier auf dieser Konferenz gepflegt wurde — sollen alle existierenden Streitfragen im Geiste gegenseitiger Achtung und beiderseitigen Entgegenkommens geklärt werden. Die Organisationsleitungen werden Anweisungen an die Organisationen über die weitere Zusammenarbeit der Genossen in den beiden Parteien geben.

Diese gesteigerte Zusammenarbeit muß ihren Ausdruck auch darin finden, daß überall, wo Wahlen und Abstimmungen stattfinden, gemeinsam Wahlprogramme der beiden Arbeiterparteien aufgestellt werden. Die Genossen der Sozialdemokratischen Partei und der Kommunistischen Partei werden sich über die Besetzung der politischen Positionen innerhalb der Gemeindevwaltungen auf der Grundlage der Gleichberechtigung kameradschaftlich verständigen.

Die Aufstellung gemeinsamer Wahlprogramme soll die Garantie bilden, daß der Wahlkampf nicht zu einem Kampf zwischen SPD und KPD wird, sondern als

gemeinsamer Kampf der beiden Arbeiterparteien für eine Arbeitermehrheit geführt wird!

Ein gegenseitiger Kampf bei den Wahlen würde zu einem Prevel am schaffenden Volk werden, weil damit nichts anderes erreicht werden könnte, als daß die Reaktion die Oberhand gewinnen würde.

ein schlagen. Die restlose Zerschlagung des alten staatlichen Machtapparates und die konsequente Weiterbreitung der demokratischen Bewegung Deutschlands kann auch besonders nur durch die Forderung der Einheitspartei zur politischen Herrschaft der Arbeiterklasse und zum Sozialismus scheitern.

Ihre Rolle im täglichen Kampf und ihrer sozialen Zusammensetzung nach soll die Einheitspartei die Klassenpartei der Arbeiter, die Partei des schaffenden Volkes in allen seinen Schichten sein.

In ihrer inneren Verfassung soll die Partei auf dem Prinzip des demokratischen Bestimmungsrechts der Mitglieder und der freien Wahl der Parteileitungen beruhen, wobei einmal gefaßt Entscheidungen und Beschlüsse für alle ihre Mitglieder und Organisationen verbindlich sind.

Die Einheitspartei soll auf dem Boden der konsequenten Wehrung aller wirklich nationalen Interessen des deutschen Volkes stehen, was nur auf dem Wege der Rückführung unseres Volkes in die Gemeinschaft der friedliebenden Nationen möglich ist. In Wehrung der besten Traditionen der Arbeiterbewegung soll die Einheitspartei der Idee des proletarischen Internationalismus treu ergeben sein und in diesem Geist auf die Schaffung freier Beziehungen sowohl zur Arbeiterbewegung der bürgerlichen Länder wie zur Arbeiterbewegung der Sowjetunion hinwirken. Sie soll die Unterbindung des Nationalismus und Nationalisten in allen Ländern für ihren Kampf suchen, ebenso wie sie die Pflicht hat, die Sache des Friedens, der Demokratie, des Fortschritts und des Sozialismus gleich in welchem Lande auf das Aktivste zu fördern und jede Verungdung des Chauvinismus, der Rassen- und Völkerverhetze, wie der Hetze gegen die Sowjetunion energisch zu bekämpfen.

Die Einheitspartei wird die Einheitsfront aller antifaschistisch-demokratischen Kräfte weiter stärken und sie wird die beste Garantie gegen eine neue Spaltung in den Reihen des schaffenden Volkes sein.

Die baldige Verwirklichung der politischen und organisatorischen Einheit der Arbeiterbewegung ist eine dringende nationale Notwendigkeit; denn wie jede Zerklüftung in unseren Reihen die Abspaltung Deutschlands begünstigen würde, so bedeutet jeder weitere Schritt zur Festigung der Arbeiterreinheit die Stärkung der Einheit Deutschlands!

VI.

Auch über den Weg zur Schaffung der Einheitspartei konnte nach lebhafter und kameradschaftlicher Aussprache weitgehende Übereinstimmung erzielt werden.

Der Weg zur Einheitspartei führt über den raschen und entschlossenen Aufbau der Aktionseinheit im engsten Zusammenhang mit den täglichen Fragen und Aufgaben sollen alle Gruppen und Ortsorganisationen, Bezirks- und Landes- bzw. Provinzialleitungen eine gemeinsame und rechtliche Aussprache pflegen, wobei besonders die in Punkt V der vorliegenden Entschließung kurz dargelegten Hauptgesichtspunkte über das Wesen der Einheitspartei behandelt werden sollen.

Die bereits überall bestehenden Verbindungskomitees sollen in kurzer Frist durch die Schaffung gemeinsamer Ausschüsse (wie Ausschüsse für Wirtschaftsfragen, Sozialpolitik, Kultur- und Erziehungsfragen) ergänzt werden.

Die Schaffung einer gemeinsamen theoretischen Zeitschrift und des gemeinsamen Verlanges „Einheit“ durch den Zentralschuss der SPD und der Zentralkomitee der KPD soll der Anlaß sein, überall eine lebhaft gemeinsame Zirkel- und Schulungstätigkeit zu entfalten.

VII.

Die gemeinsame Konferenz der SPD und KPD ist der festen Überzeugung, daß die Grundsätze der vorstehenden Entschließung den Interessen der Arbeiter und des schaffenden Volkes voll entsprechen. Die Verwirklichung dieser Grundsätze wird den demokratischen Neuaufbau Deutschlands, die Entfaltung des Wirtschaftslebens und die Behebung der gegenwärtigen Notlage breiter Bevölkerungskreise bedeutend beschleunigen.

Insondere erklären wir mit festerem Nachdruck, daß die Weiterentwicklung der Aktionseinheit zur politischen und organisatorischen Einheit der Arbeiterbewegung die sichere Garantie unseres Erfolges heute und in Zukunft sein wird!

Die Morgenröte einer neuen Zeit bricht damit an!

Die Unterschriften

Für den ZA der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands und den ZA der Kommunistischen Partei Deutschlands: Otto Groth, wahl. Wilhelm Pieck, Max Fechner, Walter Ulbricht, Helmut Lehmann, Franz Dählem, Erich Galfke, Anton Ackermann, Carl Lütke, Gustav Sobottka, August Karsten, Hans Jentzsch, Gustav Döhrensdorf, Otto Grottel, Bernhard Göring, Gustav Klingeböfer, Michael Niederkirchner, Fritz Neubecker, Hans Mahle, Toni Wolkegemuth, Elli Schmidt, Käthe Kern, Martha Arendsen, Hermann Schlimme, Otto Witzler, Rüdiger Bismann, Edwin Horneke, Otto Meier, Otto Braß, Roman Chwalczek, Fred Oßner, Karl Germeyer.

Die Vertreter der Bezirke:
Land Sachsen: Otto Buchwitz, Hermann Radtke, Albert Meier, Ernst Lohagen, Rudolf Rothe, Stanislaw Trabalski, Karl Keutsch, Max Rausch.
Provinz Sachsen: Bernhard Koenen, Bruno Reitze, Ernst Brandt, Ernst Thape, Paul Vordick, Gustav Schmidt, Fritz Jungmann.

Groß-Berlin: Hermann Farnisch, Waldemar Schmidt, Erich Lubbe, Fritz Reuter.
Brandenburg: Willy Säugebricht, Georg Spigels, Ernst Aisenack, Friedrich Ehart.
Thüringen: Werner Egggrath, Hermann Brill, Hans Eberling.
Mecklenburg: Kurt Bürger, Will Jessa, Max Holler.

Leben entsteht, da ist es nur das Ergebnis gemeinsamer Arbeit und gemeinsamer Anstrengungen.

Am höchsten aber sind die errungenen demokratischen Rechte und Freiheiten für die Arbeiter und Werktätigen zu bewerten. Die Arbeiter und Angestellten haben sich feste Positionen erobert und ein weitgehendes demokratisches Mitbestimmungsrecht gesichert, so wie das möglich gewesen ohne die Gewerkschaftseinheit und ohne die allseitige Zusammenarbeit zwischen den Kommunisten und Sozialdemokraten und den anderen antifaschistischen Kräften.

Wenn sich unser Volk Schritt für Schritt über Schutt und Trümmer den Weg vorwärts bahnt, wenn es wieder auswärtig geht, so ist das nur das Ergebnis der antifaschistischen Aktionseinheit.

Das aber verpflichtet uns, auf diesem Wege noch kühner vorwärts zu schreiten und die Fahne der Einheit noch höher zu erheben!

III.

Aber der heimtückische und gefährliche Feind des Friedens und der Freiheit ist noch nicht vernichtet. Noch ist die Gefahr nicht gebannt, daß Reaktion und Faschismus früher oder später ihr Haupt wieder erheben. Die Erfahrungen nach dem ersten Weltkriege lehren uns, daß der Feind nach dem ersten Schreck des vollen Bankrotts seiner Politik zunächst in die Mausechelle verkrüppelt und sich „demokratisch“ tarnt, um den vernichtenden Schlägen der erwachenden Volksgenossen zu entgehen und den geeigneten Moment abzuwarten, von neuem zur Offensive gegen die demokratischen Errungenschaften der Werktätigen überzugehen. Nur die Hauptkriegsverbrecher sitzen in Nürnberg vor dem Gericht der Vereinten Nationen auf der Anklagebank. Die Zahl ihrer aktiven Mitverbrecher aber ist groß und ihnen ist das Handwerk noch nicht geleistet. Vor allem aber darf keinen Augenblick vergessen werden, daß der Hitlerfaschismus nichts anderes war als das Werkzeug des Monopolkapitals zur Niederschlagung aller fortschrittlichen und freundschaftlichen Kräfte, zur Durchführung der verbercherischen Krieg- und Eroberungspläne des Finanzkapitals. In der Macht der Trusts, Konzerne und Kartelle liegt die tiefste Wurzel des Faschismus und des imperialistischen Krieges.

Hier steht die Hauptkraft der Reaktion, und solange diese Macht nicht gebrochen ist, solange ist die Gefahr einer reaktionären Restauration nicht gebannt, der Frieden, die neue demokratische Ordnung nicht endgültig gesichert.

Noch ist das Monopolkapital nicht vernichtet, noch hat es sogar zahlreiche Helfer und Verbündete.

Seine Helfer und Verbündeten sind alle jene Günstlinge des Hitlerregimes und der Hitlerpartei, die mit dem Untergang des „Dritten Reiches“ ihre Pfände verloren haben. Seine Helfer und Verbündeten sind alle mit der Zerschlagung des Nazistaates ins Nichts geschiedenen sozialen Elemente aus den Reihen der faschistischen Terrororganisationen, die sich immer mehr bloße Banditen und kriminelle Verbrecher windeln.

Seine Helfer und Verbündeten sind aber auch die Einflüsse und Traditionen des Militarismus, des wilden Chauvinismus, der Völkerverhetze und Rassenhetze, die in Deutschland so tiefe Wurzeln geschlagen hatten und belibee noch nicht überwunden sind.

Wo aber ist die Kraft, die alle Gefahren für Frieden und Freiheit bannen und die dunklen Mächte der Reaktion endgültig überwinden kann?

Diese Kraft kann nur die geeinte Arbeiterklasse im Bündnis mit der Bauernschaft und der schaffenden Intelligenz sein!

In der gegenwärtigen Lage, nachdem der Hitlerfaschismus durch sein Kriegsverbrechen und durch seine millionenfachen Missetaten gegen fremde Völker die nationale Einheit Deutschlands aufs Spiel gesetzt hat, kann nur die Einheit aller fortschrittlichen und demokratischen Kräfte des Volkes, die Aktionseinheit über ganz Deutschland hinweg, die nationale deutsche Einheit verkörpern und tragen.

Die Einheitsfront der antifaschistisch-demokratischen Parteien wird aber nur dann stabil und von Dauer sein, wenn die Einheit der Arbeiterbewegung ihr festes Rückgrat bildet.

Die demokratische Republik wird nur dann

Wettbewerb um die Winterfurche

Potsdam, 26. Dezember (SNB)

In dem von der Provinzialverwaltung Mark Brandenburg ausgeschriebenen Wettbewerb der Kreise bewertete die Wettbewerbskommission die Durchführung der Winterfurchen nach dem 8. Dezember als Stichtag.

Das Soll beim Pflügen der Winterfurchen erreichen vier Kreise, und zwar Luckenwalde, Spitzberg, Niederprignitz und West-Prignitz. Sie erhielten von der Kommission dafür je fünf Punkte in der Bewertung. Ihnen folgten die Kreise Beeskow, Kotbus, Forst, die das Soll annähernd erreichten. Sie erhielten je vier Punkte. In größerem Abstand folgten dann die Kreise Beizig, Niederprignitz, Teltow und Luckau, die unter 80 Prozent erfüllten. Für diese Leistung wurden ihnen von der Kommission drei Punkte bewilligt. Ruppin, Guben, Kalau, Lübben erhielten je zwei Punkte für die Erfüllung von mehr als 60 Prozent. Mit je einem Punkte mußten sich West-Havelland, Templin, Oberprignitz, Lebus und Ost-Havelland begnügen, während Angermünde und Prenzlauer leer ausgingen, da ihre Leistung zu gering war und bewertet zu werden.

Der Wettbewerb geht nun seinem Ende entgegen. Die Wettbewerbskommission wird die zugesagten Preise — Kühe, Diplome und Tabakwaren — den Fliegern so rasch wie möglich ausgeben lassen.

Spruch in die Zeit

Laß den Kopf nicht hängen, Freund, wenn es regnet, hagelt, schneit, und dir Gut und Leben leidet... Laß den Mut nicht sinken, Freund, wenn das Tor verriegelt scheint, hinter dem die Zukunft ruht, gewiß wird doch noch alles gut!

Robert-Frans-Singakademie

Nach einer langen, durch die Kriegsergebnisse bedingten Unterbrechung wird zu Beginn des neuen Jahres die Robert-Frans-Singakademie ihre künstlerisch allgemein anerkannte Tätigkeit unter Leitung von Professor Dr. Rahlwes wieder aufnehmen. Es ist beabsichtigt, der Tradition getreu, auch weiterhin die Gipfelwerke der Chorliteratur zur Aufführung zu bringen. Im Hinblick darauf, daß das gesamte Chorwesen neuerdings stark eingeschränkt wurde, bietet sich stimmgebende Sängern und Sängerinnen die beste Gelegenheit in dieser Hinsicht an.

Nochmal: Wer tanzt am Nachmittage!

In der Nummer 87 des „Volksblatt“ vom 17. Dezember wird in einem Aufsatz unter dem Titel „Wer tanzt von 14-17 Uhr?“ mit Recht die Bedenklichkeit einiger Unternehmern, schnell Geld zu verdienen, kritisiert. Das Volksbildungsamt hat nach den bestehenden Gesetzen keine Handhabe, derartige Veranstaltungen, wenn sie genehmigt sind, zu verhindern. Es kann also von Seiten des Volksbildungsamtes nur eine moralische Einwirkung auf die Geschäftsmänner versucht werden.

Walter Schmidt,

Leiter des Volksbildungsamtes

Wettervorhersage, gültig bis 28. Dezember abends

Meist stark wolbig bis bedeckt und zeitweise leichte Regenfälle. Temperaturen zwischen 1 und 5 Grad über Null. Kein Frost. Herr in grauen Haaren hält an, damit meist stärker bewölkt und etwas Regen.

Dor einer „bösen“ und „guten Wand ...“

Molnárs Lustspiel „Spiel im Schloß“ und im August-Bebel-Haus herzhafte Aufnahme

I. Drei Herren in Schwarz betreten ein Zimmer im Schloß. Alle drei sitzen. Ein älterer Mann zieht seine Zigarette heraus, einen älteren Herrn in grauen Haaren eine Zigarette an, steckt sich selbst eine in den Mundwinkel, brennt ein Streichholz an, bedient wieder den älteren Herrn und sich selbst — und überreicht den dritten Herrn!

Was wollen sie alle im Schloß: die beiden Librettisten Korth und Minsky, der Komponist Adam, die Diva Annie, der Hofchauspieler Aimady? Korth und Minsky wollen den Text schreiben, den Werk des jungen Komponisten, den Heirat mit der Operetendiva zu seiner „feurigsten Musik“ aneignen soll. Die böse Szene jedoch hinter der „bösen Wand“ wird für den reichlich unerfahrenen Komponisten zu einer unkomponierten Katastrophe.



Ein Höhepunkt aus dem dritten Akt „Spiel im Schloß“: Die Pirsch-Szene!

Einakter geschrieben hätte, der dann aus allen Nöten half. Und so beginnt ebenfalls das Spiel, diesmal vor der „guten Wand“ — und zur moralischen Rettung dieser, die vorher hinter der „bösen Wand“ waren, zur Rettung des bis dahin voll und ganz zerknirschten Bräutigams — und zur Rettung der Librettisten... VII. Molnárs Lustspiel war das Weihnachtsgeschenk der Städtischen Bühnen Halle. Es lief am vergangenen Sonntag zum erstmalig im August-Bebel-Haus an, wurde am ersten und zweiten Weihnachtsfeiertag gespielt — und wird hoffentlich noch recht oft gespielt werden.

Zollern spielt den Dichter und Schriftsteller Korth mit einer derart zwingenden, überlegenen und weltmännischen Verbindlichkeit, daß man ihn einfach zu dem geistreichen, ideenreichen Inspirator stampeln muß. Man spendet sogar der „Pirsch-Szene“ im dritten Akt vor der „guten Wand“ — hinter der „bösen Wand“ im ersten Akt war der Pirsch natürlich ein „symbolischer Pirsch“ — offenen Beifall, weil diese delicate Anspielung selbst dem Publikum irgendwie schon vorher kopfzerbrechen macht. Und so überrascht die taktvolle Lösung und wird eine der wirkungsvollsten Szenen. Aber wie gesagt: Carl Zollern war nichts anderes als der ausgezeichnete Interpret — und dafür spendet man ihm unentgeltlichen Beifall.

Man feierte am „Schluß des Lustspiels Molnárs ein etwas Zeitloses, als eine Plausibilität, als ein Thema, das sich wohl in abgewandelter Formel nur so oder so am Rande des Lebens abspielt... C. J.

Die erste Friedensweihnacht

Wenn auch der Gebentlich und die Festtafel in diesem Jahr nicht so reich ausgestattet waren wie in früheren Zeiten, so hat doch diese Weihnacht den Menschen unendlich mehr gegeben: sie war wirklich ein Fest des Friedens. Nur wenige von den Glocken ertönten zwar, die dem Schicksal entgangen waren, eingeschmolzen zu werden und als Kanonen auf der ersteherung zu liefern, aber dafür kündeten sie uns so lauter mit ihrem ertönen Mund die Friedensbotschaft in die Weihnachtsnacht.

weihnacht gleichermaßen ein Fest der inneren Freiheit und der Erlösung, und diese Gewähr ließ manchen Mangel vergessen. Wie sehr das Fest unter dem Zeichen der Liebe stand, mag beweisen, daß nicht nur den Allen, den Flüchtlingen und Umsiedlern und den Angehörigen des „Opfer des Faschismus“ eine Weihnachtsfeier bereitet wurde, sondern daß auch die unschuldigen Kinder ehemaliger Nazis mit Geschenken bedacht wurden. Das Wiedergutmachungswerk hatte alle Opfer des Faschismus zu einer gemeinsamen Weihnachtsfeier im „Volkspark“ eingeladen.

An der Bahre Paul Schmidts

Es war eine stattliche Menge von Freunden und Bekannten, von Vertretern der Behörden und Aemter und von all denen, die unserem Genossen Paul Schmidt im Leben nehestehenden, die an diesem hellen, strahlenden Dezember-sonntag die große Kapelle der Treutreuendfriedhofes aufgesucht hatten, um dem geschätzten und verehrten Freund, dem allezeit hilfsbereiten und frohen Kameraden und dem bewährten und bis in den Tod getreuen Genossen Paul Schmidt die letzte Erde zu erweisen.

ungen, Du erlittest sie für die gerechte Sache der Menschheit! Nach einer Würdigung seiner Verdienste um die Partei stellte Genosse Bernhard Paul Schmidt als den zum Sozialismus geborenen Menschen heraus, der die tragende Kraft in der neuerwachten hallischen Parteilbewegung darstellte und schilderte seine Eigenschaft als Mensch, Freund und Genossen, der besesselt war von Reinheit, Selbstlosigkeit und Liebe und der darüber hinaus der politische Mann war, der nie von seinen Grundansätzen abwich.

Stilles Schweigen und stumme Einkehr beherrschte die Treutreuengemeinde, als sich die friedvollen und erlösenden Klänge des Largos von Händel in die Weite der Gertaudenkapelle ergießen, das Rund durchmessen und sich an der Kapelle brechend, heftend, rühmend zu dem Kreis der Menschen die in Trauer vor dem Sarg stehen, der das in sich birgt, was zu Paul Schmidt sterblich ist.

Mit den Worten „Dein Tod sei ein heiliges Vermächtnis, und wir sind stolz darauf, Deine Mitgenossen zu sein. Wir sind wech und schreiten dem Ziel entgegen — der Mann lei gefallen, das Banner steht!“ nahm Genosse Bernhard Abschied von Paul Schmidt. In Namen der KPD überbrachte sodann Genosse Hertel die letzten Grüße und betonte dabei, daß er persönlich aufs engste mit Paul Schmidt zusammengearbeitet und ihn dabei als wertvollen und starken Kämpfer schätzen gelernt habe. Paul Schmidt habe mit aller Energie an dem Ziele gearbeitet, die Idee des Sozialismus zu verwirklichen. Mit dem Versprechen, in seinem Geiste weiterzuarbeiten, um die Einheit der Arbeiterklasse herzustellen, grüßte Genosse Hertel seinen alten Mitkämpfer zum letztenmal.

Nachdem eine Rezitation verklungen ist, hält Stadtdiener Genosse Bernhardt im Auftrage der SPD Abschied von dem Toten. In einer Würdigung des Lebens und Sterbens Paul Schmidts läßt er noch einmal seine Persönlichkeit vor aller Augen aufstehen und zeichnet ein treues Bild des Menschen Paul Schmidt. In bewegten Worten gibt Genosse Bernhardt der Trauer Ausdruck, die der Verlust dieses Mannes mit sich gebracht hat. „Wenn wir Sozialdemokraten“, so führt er aus, „auch Not und Tod und schwere Schicksalsschläge kennen, so packt uns doch Trauer und Schmerz, wenn wir seinen Tod beklagen müssen.“

Einakter geschrieben hätte, der dann aus allen Nöten half. Und so beginnt ebenfalls das Spiel, diesmal vor der „guten Wand“ — und zur moralischen Rettung dieser, die vorher hinter der „bösen Wand“ waren, zur Rettung des bis dahin voll und ganz zerknirschten Bräutigams — und zur Rettung der Librettisten... VII. Molnárs Lustspiel war das Weihnachtsgeschenk der Städtischen Bühnen Halle. Es lief am vergangenen Sonntag zum erstmalig im August-Bebel-Haus an, wurde am ersten und zweiten Weihnachtsfeiertag gespielt — und wird hoffentlich noch recht oft gespielt werden. Die Anekdote — es ist vielmehr ein anekdotisches Lustspiel — wird mit ungemein herzlichem und lebhaftem Beifall aufgenommen, wird so aufgenommen, als ob Carl Zollerns (als Korth) und nicht Molnárs das Lustspiel geschrieben hätte. Das ist durchaus verständlich, denn Carl



Sicherstellung der Ernährung durch Bodenerhebung

Landwirte und Gärtner werden befragt - Umfangreiche statistische Aufgaben

SPD-Weihnachtsfeier in Quedlinburg

In dem bis auf den letzten Platz gefüllten Stadtsaal bei der SPD seine diesjährige Weihnachtsfeier ab, die mit einem umfangreichen Programm künstlerischer Darbietungen, ausgeführt von den beliebtesten Mitgliedern der städtischen Bühne. Ein ständiges Orchester sowie das Volksschorschor Quedlinburg, die Anwesenden erfreuten.

Die Festansprache hielt Gen. Dr. Fr. De. Er zog einen Vergleich zwischen dem letzten Nazi-Weihnachten und dem heutigen, wieder zu einem Fest der Liebe gewordenen Feiertagen. Wenn wir 'als ehrliche und gerade Menschen mit dem Willen, allen anderen zu helfen, also als wahre Sozialisten, das deutsche Volk umgeformt haben, dann wird der Glanz des Festes nicht nur in den Palästen erstahlen, sondern auch in den Häusern der Arbeiter, und es wird Friede auf Erden sein, wenn alle Menschen guten Willens sind, diesen Frieden zu schaffen. Daran wollen wir alle mitwirken.

Beschaffung von Arbeitskleidung

Die Millionen von aufbauwilligen Arbeitern benötigen dringend Arbeitskleidung für die kalte Jahreszeit. Es war daher für den Kreis ein besonderes Anliegen, einen Ausweg aus dieser Notlage zu finden. Jedoch gelang es der einmütigen Zusammenarbeit aller daran interessierten Stellen, eine gute Lösung zu finden.

Wirtschaftsämter und Gewerkschaften arbeiten in Liebenwaden in enger Verbindung zusammen. Die ersten Sendungen an Schuhen, Unterwäsche und warmer Arbeitskleidung sind bereits eingetroffen. Es gilt jetzt, diese Dinge gleichmäßig und gerecht zu verteilen zu bringen. Die Betriebsämter und die führenden Gewerkschaftsfunktionäre kennen jeden Betrieb im Kreis und können somit am besten ermitteln, wo vordringlich geholfen werden muß. Aus dieser Erkenntnis heraus hat sich die SPD in enger Zusammenarbeit zwischen Wirtschaftsamt und Gewerkschaft.

Die Anträge der einzelnen Betriebe für ihren Arbeitskleidungsbedarf werden jeweils dem Gewerkschaftsbund vorgelegt. Erst wenn die Gewerkschaft diese Anträge befürwortet hat, stellt das Wirtschaftsamt Bezugsbescheinigungen über Arbeitskleidung aus.

Dieses Verfahren gibt voll und ganz die Gewähr, daß allen, die sich aktiv am Aufbau beteiligen, geholfen wird.

Leuna macht winterfest

Wenn man jetzt durch die Fabrikräucher des Leunawerkes geht, findet man Leute mit Arbeiten beschäftigt, bei denen man merkt, daß sie sich hier nicht um Arbeiten handeln, die ihrem eigentlichen Arbeitszweck entsprechen. Es handelt sich um technische und kaufmännische Angestellte, die einen halben Tag in der Woche für die Winterfestmachung eingesetzt werden. Einige von ihnen sind zum Beispiel mit Holzschuhen und -binden ausgestattet, andere wieder arbeiten an Stieghaken. Der Stieghaken scheint aber kein Hindernis zu sein, um in gemeinsamer Arbeit beim Kabelverlegen, Grubenzuschütten und Waggoneinstellen seinen Mann zu stehen.

Wenn es auch infolge der ungewohnten Arbeit bei allen Angelegten noch nicht so richtig gehen will, so erledigen sie doch die neu zugewiesene Arbeit mit einem stolzen Gefühl, denn sie stehen an einem Arbeitsplatz, an dem sie ihre Leistung des hochentwickeltesten Deutschlands unter Beweis stellen.

O. B. Röllehen. Als erste Veranstaltung des Hilfswerks „Rettet die Kinder!“ fand in Röllehen ein vom Kulturamt der Gemeinde einberufener Abend statt.

Der Schillerchor und einige Schulkapelle der Klosterschule und einige Theateraufführungen machten den Abend eine besondere Gestaltung. Die Sammlung am Ende der Veranstaltung ergab einen Reinertrag von 221 RM.

Die Voraussetzung einer Planung in der Bodenerhebung ist die Erhebung über die Landwirtschaft und Gartenbesitzung.

Um diese Planung durchzuführen, werden durch eine statistische Erhebung, die von der Sowjetischen Militäradministration, Berlin, Befehl Nr. 144 und der SMA Halle, Befehl Nr. 21, angeordnet ist, Zahlungen über die Verhältnisse in der Landwirtschaft und Gartenbesitzung vorgenommen. Der Stichtag ist der 1. Januar 1946.

Die Befehle schreiben vor, daß von der Erhebung alle Personen erfaßt werden, die

- a) zumindest entweder Ackerbau im weitesten Sinne (Feldmäßige, Ackerbau, Gemüse- gärten, sonstige Gärten, Obst- und Beeren- anlagen, Bauschulen, Weingärten, Hopfen- anlagen u. a.) betreiben oder für Ernährungszwecke Vieh halten (Rinder, Schweine, Ziegen, Schafe, Geflügel und Bienen),
- b) zwar keine Landwirtschaft betreiben, aber über landwirtschaftlich nutzbare Betriebs- flächen (Acker, Gärten, Wiesen und Weiden) zur landwirtschaftlichen Nutzung verpachtet haben,
- c) zwar weder landwirtschaftlich nutzbare Flächen besitzen, noch selbst Landwirtschaft betreiben, aber als Lohnarbeiter in der landwirtschaftlichen Arbeit in der Landwirtschaft tätig sind,
- d) zwar weder landwirtschaftlich nutzbare Flächen besitzen noch selbst Landwirtschaft betreiben, aber ein Gehöft besitzen (landlose Bauern),
- e) landwirtschaftlich nutzbare Flächen im Zuge der Bodenreform erhalten haben, unabhängig davon, ob sie im Jahre 1945 bereits bestellt haben oder ob sie für Ernährungszwecke Vieh halten.

Der Erhebung unterliegt nicht das Land und das Arbeitsvieh, welches nicht landwirtschaftlichen Zwecken dient, und zwar

- a) der Grund und Boden, auf dem Städte, Industrie- und Gewerbebetriebe, Bergwerke, Handelsbetriebe, der allgemeinen Verwaltung, dem Regensport und sonstigen nicht- landwirtschaftlichen Zwecken dienen,
- b) Herde und sonstiges Spannvieh, welches der Industrie, dem Transportwesen, Bergwerken, Handelsbetrieben, der allgemeinen Verwaltung, dem Regensport und sonstigen nicht- landwirtschaftlichen Zwecken dienen.

landwirtschaftlichen Unternehmen und Behörden gehören, unabhängig davon, ob sich diese in der Stadt oder auf dem Land befinden.

Aus diesen Durchführungsbestimmungen ergibt sich, daß nicht nur landwirtschaftliche Betriebe in dem bisher verstandenen Sinne von der Erhebung erfaßt werden, sondern die Befragung erstreckt sich auf alle Personen, die in irgendeiner Form landwirtschaftlich nutzbare Flächen bearbeiten. Das bedeutet also, daß darunter auch die Schrebergärtner und die städtischen Kleinsiedler zu verstehen sind. Daneben haben aber auch alle Tierhalter, auch wenn sie keinen Boden bewirtschaften, die Befragung zu machen. Hierbei sind diejenigen Personen oder Betriebe ausgenommen, die Tiere für rein gewerbliche Zwecke halten, z. B. Fuhrgewerksbetriebe, wenn sie weniger als 0,5 ha Land bewirtschaften.

Für die Schrebergärtner und Kleinsiedler wird die Erhebung in einer vereinfachten Form durchgeführt, insofern, als diese in der Hauptsache anzugeben haben:

- 1. die Größe des bewirtschafteten Landes,
- 2. besät zur Ernte 1945 mit sämtlichen Kulturen,
- 3. davon a) Kartoffeln, b) Gemüse,
- 4. Anzahl des gehaltenen Viehs oder Geflügels.

Die Schrebergärtner und Kleinsiedler werden darauf hingewiesen, daß sie die Unterlagen vorzubereiten haben, so daß bei der Befragung im Erhebungsjahr keine unnötigen Verzögerungen eintreten.

Für die rein landwirtschaftlichen Betriebe ist die Fragestellung umfangreicher. Hier erstreckt sich die Erhebung auf alle Gebiete der Bodenbenutzung, des Viehbestandes sowie auf sämtliche Maschinen und Geräte. Mit ihr ist gleichzeitig eine Bevölkerungsstatistik in der Landwirtschaft verbunden. Es wird nochmals darauf hingewiesen, daß die genaue Vorbereitung zur Beantwortung dieser Fragen im eigenen Interesse aller zu erfassenden Personen liegt. Gemäß Befehl Nr. 144 der SMA werden die Personen, die ihre Meldung verweigern, als strafbar angesehen, wenn sie Verantwortung gezogen.

Für die Durchführung der Aktion sind bestimmte Formulare vorgeschrieben, die im Erhebungsjahr durch das bestimmte Zähler ausgefüllt werden.

Über den Zeitpunkt der Erhebung erfolgt eine besondere Bestimmung. Es werden in jedem Stadtteil besondere Zählungsstellen festgelegt.

lokale einberichtet. Zuständig für die Erhebung ist jeweils der Ortsrat, in dem sich die Landwirtschaft oder der Schrebergarten und die Kleinsiedlung befindet. Wenn die Wirtschaft sich etwa außerhalb des Stadtkreises, die Wohnung aber im Stadtgebiet befindet, so ist die Erhebung von dem Kreis durchzuführen, in dem die Ländereien liegen.

Von der Erhebung werden auch die sogenannten Landlosen Bauern erfaßt. Darunter sind insbesondere Landarbeiter und Depulanten mit ihren Familien zu verstehen.

Aus dieser kurzen Zusammenfassung ist zu erkennen, wie groß der Umfang der statistischen Aufgabe sein wird. Die Anordnung legt ganz präzise Termine zur Durchführung der Aktion fest. Es muß daher jeder mitteilen, die Arbeiten so reibungslos wie möglich zu gestalten. Von der Genauigkeit der Erwägungen hängt die Ordnungsmäßigkeit unserer zukünftigen Planung und damit die Sicherung unserer Volksernährung für die nächste Zeit ab.

Wiederaufbau der Sudetenindustrie

Um die sudetendeutsche Industrie wieder aufzubauen, sind bereits eine Reihe von Vorbereitungen getroffen worden. So wurden unter anderem alle Fachbetriebe aus der Gaborner Industrie durch die Landratsämter registriert, von wo sie in aller nächster Zeit weitere Weisungen erhalten werden, die die Gaborner Industrie in einem geeigneten Gebiete, wo die Wohn- und Betriebsmöglichkeiten, sowie Rohstoffe vorhanden sind, wieder aufzubauen.

Die Umsiedler sollen bei dem Neuaufbau ihrer Existenz mithelfen. Zu diesem Zweck beabsichtigt die Verwaltung der Provinz Sachsen, eine Selbsthilfeeorganisation aller Umsiedler zu schaffen.

Wer von den Umsiedlern aus Gaborn und Umgebung an führender Stelle am organisatorischen Aufbau mitarbeiten will, der melde sich beim Präsidenten der Provinz Sachsen, Abteilung Umsiedler, Halle (Saale), Willy-Lohmann-Straße 7.

Werk Köpsen hilft mit

In Verbindung mit der Aktion „Rettet die Kinder!“ haben die Betriebsräte und die Werksleitung Köpsen dem Vorschlag zugestimmt, aus der Werksküche 20 Mittagsessen kostenlos abzugeben. Davon entfallen auf jedes Dorf zehn Mittagessen. Die Speisung beginnt am 2. Januar 1946. Die Empfänger erhalten einen Ausweis des zuständigen Bürgermeisters. Die Ausgabe des Essens findet mittags um 12 Uhr in der Werksküche der Fabrik statt.

Rechtsprechung auf neuer Grundlage

Erste Strafsitzung beim Stadt- und Kreisgericht Zeitz

Ho. Zeitz, den 27. Dezember.

Unter Vorsitz von Obergerichtsrat Marowski und Amtsanwalt Vogel trat im Stadt- und Kreisgericht Zeitz die erste Strafsitzung zur Verhandlung von drei Strafsachen zusammen.

Betriebsobmann Werner begrüßte vor Eröffnung der Sitzung die Anwesenden, unter ihnen die neuen Schöffen, Stadtrat S. Ulrich, Kupferschmiedemeister Röder, Frau Bau, und Max Leo, sowie die Genossen Kleiber (SPD), Benkowitz (KPD), Retterath (FDP), den Vertrauensmann der Justiz für die Provinz Sachsen, Genossen Volgmann, und die beiden Volksrichter Lessig und Wagener.

Genosse Benkowitz sprach ausführlich über das Thema „Recht und Gerechtigkeit in der Justiz“. An Beispielen aus der Vergangenheit zeigte er die krassen Fehlurteile, die von der Nazistat gegen Vorkämpfer der Demokratie gefällt wurden. In den letzten zwölf Jahren ist zuziel Unrecht in Urteilen gefällt worden, als daß das deutsche Volk sich sofort wieder voll Vertrauen dem Urteilsspruch der Richter zuwenden könne. Aber so wie der Richter bestrebt ist, die Wahrheit zu erkennen, so müsse andererseits das Volk zum Richter Vertrauen gewinnen. Nicht Bedrückter, sondern Beschützer solle der deutsche Richter fortan sein.

Obergerichtsrat Marowski dankte Genossen Benkowitz für seine Ausführungen und versprach, daß in Zukunft von Fachjuristen und Volksrichtern Urteile gefällt werden, die nicht dem Gesetz entsprechen, welches in der Nazistat entstanden sei, sondern das dem Rechtsdenken des gesamten Volkes gerecht würde.

Hierauf wurde die erste Strafsitzung eröffnet.

an anderen kulturellen Gebieten anzuerkennen und beglückwünschten. Wir werden es ernstlich bemühen, den Gedanken der Menschlichkeit zu prüfen, einer Menschlichkeit, die keine räumlichen Grenzen kennt.“

Mit dem Vortrag aus Schillers Werken, gesprochen von Werner Wieland, und dem Klarinettensolo Mozarts fand die eindrucksvolle Eröffnungsfest ihre Abschluß.

Aus der Parteilarbeit

pm. Domsen (Kreis Weißenfels). Für die Großgemeinde Großgörsch 1 m a fand die Ortsgruppenversammlung der Ortsvereine der SPD in Domsen statt. Als Vorsitzender wurde Genosse Meißner (Großgörsch) gewählt. Im Verlaufe der Versammlung wurde vom Genossen Nähter dem Vorsitzenden eine Parteilabne der früheren Ortsgruppe Grünhau übergeben, die die Nazistat überstanden hat. Nach Schluß der Versammlung waren zahlreiche Aufnahmen in die Partei zu verzeichnen.

Sch. Dölitzsch. Die letzte Unterbezirkskonferenz der SPD legte Zeugnis ab für die geleistete Parteilarbeit. Unterbezirksvorsitzender Gen. Buhle konnte in seinem Tätigkeitsbericht mitteilen, daß der Unterbezirk über 20 Ortsvereine mit mehr als 1700 Mitgliedern umfaßt. Er hofft, diese Zahl der Mitglieder und Ortsvereine bis zum Ende des Jahres noch wesentlich steigern zu können. Von den wenigen zur Verfügung stehenden Referenten wurden in der Zeit des Aufbaues über 50 öffentliche Versammlungen abgehalten.

In der anschließenden Debatte befand man sich mit den Fragen der am 15. Dezember in Ortsausschüsse und der Schulung der Jungsozialisten. Zur Frage der Gewerkschaften und Betriebsgruppen machte Gen. Schradt richtungswende Ausführungen. Zu einer regen Aussprache führten auch die Annaben des Gen. Hampe über die Genossenschaftsfrage.

KN. Gräfenhainichen. Im Rahmen der Aktion „Rettet die Kinder!“ führte die SPD eine Wohltätigkeitsveranstaltung durch. Bürgermeister Gen. Kriggendorf wies in seiner Ansprache auf den Zweck und Sinn der Veranstaltung hin und stellte fest, daß die Einwohnerschaft durch ihre Spenden ihr Verständnis für die Aktion gezeigt hat. Die Veranstaltung war von Musik und Vorträgen umrahmt, und die Einnahme von 1200,- RM. wird restlos zur Unterstützung der Kinder verwendet werden.

KR. Hohenleipisch. Der Ortsverein der SPD veranstaltete seine zweite Mitgliederversammlung. In einem Bericht gab Gen. Rühlig ein Bild von der Aufbauarbeit innerhalb des Ortsvereins. Er stellte fest, daß gute Fortschritte gemacht wurden und berichtete über die stattgefundenen Unterbezirks- und Kreis-Konferenzen der Partei. Der Volksschule wurden insgesamt 350 RM überwiesen zur Verteilung an die Kinder im Rahmen der Weihnachtsfeier.

S. Rottleberode. Der Ortsverein der SPD veranstaltete eine Mitgliederversammlung. Nach der Eröffnung der Versammlung durch den Vorsitzenden sprach Gen. Strieber (Artern) über den Werdegang der Partei. Am Schluß seiner Rede forderte er eine engere Zusammenarbeit der am 15. Dezember in der Partei um das Ziel, ein freies demokratisches Deutschland zu erreichen.

Verlag und Druck: „Volksblatt“ Druckerei und Verlags- gesellschaftlich G. Braunhauer (1917) Tel. Nr. 981, 982, 983, 984, 985, 986, 987, 988, 989, 990, 991, 992, 993, 994, 995, 996, 997, 998, 999, 1000. Telefon Sa-Nr. 1 681 und 24 000. Redaktionsschluß 22 Uhr.

KULTURSPIEGEL

Klingende Harzdörfer

K. B. Wernigerode, 27. Dezember.

In manchen Städten und Dörfern des Nordharzes ist die Wernigeroder Trio zu einer beliebten Erscheinung geworden. Von Wunde verwundet sind nach dem unglückseligen Krieger drei virtuose Musiker aus den verschiedensten Gegenden Deutschlands in Wernigerode, dem Refugium zahlreicher bildender und reproduzierender Künstler, zusammengetroffen.

Nur einer von ihnen betrachtet das malerische Harzstädtchen als seine Stammeheimat: Günter Blümler (Violine), dessen künstlerische Laufbahn nach dem Studium in Leipzig begann, wo er im Gewandhausorchester mitwirkte, bis er kurz vor dem Krieg an das Staatstheater in Wiesbaden gerufen wurde. Sein Kompanion am Piano, Otto Voigtel, war längere Zeit Erzieher in Berlin, später Film- dirigant bei der Ufa, während Herr Kubanek (Cello) zum Orchester des Städtischen Theaters in Reichenberg gehörte.

Das „Wernigeröder Trio“ verschmäht es nicht, auch auf dem Lande zu konzertieren. (Und das rechnen ihm Landarbeiter, Bauern und Flüchtlinge hoch.) Nach dem Anfang einer Reserviertheit sind diesem Versuch, gute Musik auch in den einfachen Sälen der Harzdörfer erklingen zu lassen, begeisterte Da capo gefolgt, die wie kürzlich der zweite Musikabend in Alstedt bewies - stärkstens applaudiert werden.

Günter Blümler hat hier mit seinem Trio, dessen meisterhafte Interpretationen von Bach, Händel und Tschaiowsky wir in Wernigerode und Ilseburg erleben, einige Konzessionen zugunsten der Wernigeroder Muse gemacht - und Wilmy Rauche mit ihrer sympathischen Altstimme half ihm dabei. Dafür wies dieser „Rückzug“ zu „Gasparone“ und „Grün Ma- stisch“ alle Lichte virtuoser Beschäftigung auf.

Kunstausstellung in Quedlinburg

Vor einem Kreis von Künstlern und Kunstinteressierten wurde in Anwesenheit der Behörden im Blauen Saal des Schlosses zu Quedlinburg die erste Ausstellung der Kunstschaffenden aus dem Ostharz, die die Gebiete der Malerei, Plastik, Gebrauchsgraphik und des Kunstgewerbes umfasst, eröffnet.

Nach einem einleitenden Vortrag des Collegium museum des Quedlinburger Konservatoriums hielt Oberbürgermeister Dr. Marlow die Eröffnungsansprache. Er führte aus, daß nachdem das Chaos, das uns in den letzten Monaten zu erdrücken drohte, überwunden ist, nimmst auch auf dem kulturellen Gebiete ein entscheidender Aufbruch festzustellen werden kann. Während im Nazistat die Kunst nur ein Mittel der Propaganda war, fördert der heutige Staat das Kulturleben unseres Volkes, um der Kunst als dem höchsten Ausdruck des menschlichen Geistes und der menschlichen Seele den ihr gebührenden Platz zu verschaffen. Dr. Marlow schloß seine Ausführungen mit dem Dank an Regierungsrat Heizer (Halle) und die Stadträte Schuchardt und Müller sowie den Kunstämter Palm aus Quedlinburg für das Zustandekommen dieser wertvollen und interessanten Ausstellung.

Anschließend ergriff der Präsident der Kammer der Kunstschaffenden, Regierungsrat Heizer, das Wort. Er sagte u. a.: „Die Quedlinburger Kunstausstellung enthält eine bemerkenswerte Zahl guter Arbeiten, darunter auch einige neuartige Kompositionen. Der Ansatz zu neuen guten Kunstschaffen ist auf jeden Fall zu spüren und schon erfaßbar, und die Anstrengungen Quedlinburgs sind hier ebenso wie

Volksbühne Raguhn eröffnet

Mit dem Beginn ihrer Spielzeit hatte die Volksbühne den Einwohnern von Raguhn eine wirkliche Weihnachtsfreude bereitet. Die Leistungen der Darsteller und des Spieltheaters vor allem der Beteiligten waren hervor- ragend. Es kam „Das deutsche Weihnachts- märchen“ und das Theaterstück „Schneider Fips“ zur Aufführung. Die Kinder waren begeistert und auch jeder Erwachsene hatte seine Freude.

Wenn in Zukunft die Volksbühne in so guter Form erarbeitet wird, wird auch weiterhin der Einwohnerschaft einen kulturellen Genuß bereiten.

Die Chemnitzer Kulturwoche

Chemnitz, 27. Dezember (SNB).

Zur Gründung des Kulturbundes zur demokratischen Erneuerung Deutschlands für den Stadt- und Landkreis Chemnitz wurde eine Kulturwoche veranstaltet, die rege Beteiligung aufwies. Das Programm eröffnete ein Tanz- und Konzertabend, der von der Zeit Mozarts bis in die Gegenwart führte. Am der Wirkung des Abends haben das Städtische Ballett und der Städtische Chor unter Leitung von Arthur Weißpflug besonderen Anteil. Rudolf Kempe mit dem Städtischen Orchester bewies sein musikalisches Können.

An der festlichen Eröffnungsgedung nahm u. a. der Dramatiker Dr. Friedr. Wolf teil, dessen Schauspiel „Dr. Wanner“ in Chemnitz erfolgreich uraufgeführt wurde.

